

Rennbahngelände: Debatte um Wohnungen lebt wieder auf

Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt unternimmt neuen Vorstoß – Bindewirkung des Volksentscheids ist abgelaufen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke) hat einen überraschenden Vorstoß zur Zukunft des ehemaligen Rennbahngeländes zwischen Hemelingen und der Vahr unternommen. Nach ihrer Ansicht kann der Volksentscheid aus dem Jahr 2019, der sich gegen eine Wohnbebauung aussprach, nicht dauerhaft Richtschnur der Politik bleiben. Vogts Vorschlag: Das gut 30 Hektar große Areal sollte teilweise für den Bau dringend benötigter Wohnungen genutzt werden.

Vogt platzierte ihre Initiative am Dienstag in einer Bürgerschaftsdebatte zu einem FDP-Antrag, der eine Wiederaufnahme der Pferderennen auf dem Gelände zum Ziel hatte. Die Diskussion verlief erwartungsgemäß: Sprecher der rot-grün-roten Koalition lehnten die Rückkehr des Rennsports ab. Für den Senat sprach am Ende der Debatte Vogt, denn das Gelände wird von ihrer Wirtschaftsbehörde verwaltet.

Was die Linken-Politikerin dann vortrug, kam recht überraschend. Vogts Ausgangsthese: Die gegenwärtigen Zwischennutzungen für die über 30 Hektar große Fläche – etwa durch die „Draußenschule“ und kulturelle Initiativen – böten keine wirkliche Perspektive für das Areal. Es sei „untergenutzt“. Zugleich fehle der Stadt für mittelfristige Vorhaben wie den Bau einer Multifunktionshalle und neuer Sportanlagen in den kom-

menden Jahren das Geld. Während also auf dem Rennbahngelände auf absehbare Zeit mehr oder minder Stillstand herrsche, entstehe in Bremen nach wie vor zu wenig Wohnraum, sodass gerade Facharbeiter- und Mittelstandsfamilien ins Umland abwanderten. Vor diesem Hintergrund müsse sich die Politik die Frage stellen: „Wollen wir es uns leisten, uns diese Fläche für immer und ewig für Wohnungsbau zu versagen?“, so Vogt. Nein, das sollte man nicht, findet die Wirtschaftssenatorin. Das 2019 per Plebiszit be-

schlossene Ortsgesetz gegen eine Bebauung habe nur eine rechtliche Bindewirkung von zwei Jahren, und die seien lange abgelaufen. Eine Teilbebauung des Rennbahngeländes gehöre deshalb als Option auf den Tisch.

Vogt überraschte mit dieser Aussage Freund und Feind. Auf Nachfrage des CDU-Abgeordneten Jens Eckhoff räumte sie ein, dass es sich um keine in der rot-grün-roten Koalition abgestimmte Position handele. Das wurde spätestens deutlich, als sich die frühere Bausenatorin Maike Schaefer

(Grüne) zu Wort meldete. Unter ihrer Ägide war der bestehende Nutzungsplan für das Rennbahngelände mit seiner Mischung aus Sport- und Freizeit- sowie naturräumlichen Elementen entstanden. Schaefer machte darauf aufmerksam, dass sich der Senat dieses Konzept seinerzeit zu eigen gemacht habe.

Der Streit um die Zukunft des Rennbahngeländes hat eine lange Vorgeschichte. Sie reicht ins Jahr 2015 zurück, als der damalige Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) das Aus für den Rennsport auf dem Areal ausrief. Er trieb Pläne voran, auf dem Areal rund 1000 Wohnungen in städtebaulich bestens erschlossener Umgebung zu schaffen. Allerdings regte sich immer mehr Widerstand gegen die Pläne – organisiert von einer schlagkräftigen Bürgerinitiative, die das Gelände als „grüne Lunge“ für die angrenzenden Stadtteile bewahren wollte.

Parallel zur Bürgerschaftswahl 2019 kam es zum Volksentscheid. Und dabei obsiegten die Gegner einer Bebauung mit rund 55 Prozent der abgegebenen Stimmen. Allerdings hatte es im Vorfeld einige Verwirrung um den Abstimmungsmodus gegeben – für die Ablehnung des Bauprojekts war kein Nein, sondern ein Ja auf dem Stimmzettel gefragt, also eine Zustimmung zum entsprechenden Ortsgesetzentwurf der Bürgerinitiative. Ob dies von allen Abstimmenden damals richtig verstanden wurde, wird sich letztlich nie aufklären lassen.



FOTO: KARSTEN KLAMA

Wird Wohnungsbau doch wieder zu einer Option für das Rennbahngelände? Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt ist dafür.